

Fabrikverkauf: Montabaurer hoffen auf Erfolg vor Gericht

Heute wird in Koblenz über die Klage dreier Städte gegen das geplante Factory-Outlet-Center am ICE-Bahnhof verhandelt

Montabaur/Koblenz. Gegner und Befürworter des geplanten Factory-Outlet-Centers (FOC) am Montabaurer ICE-Bahnhof treffen sich heute wieder einmal vor Gericht: Bei der mündlichen Verhandlung in Koblenz geht es um die Frage, ob der im vergangenen Jahr von der Stadt Montabaur beschlossene Bebauungsplan zulässig ist. Die klagenden Städte Limburg, Koblenz und Neuwied hatten zunächst versucht, den sogenannten Zielabweichungsbescheid der obersten Landesplanungsbehörde zu kippen, der einen Fabrikverkauf mit maximal 10 000 Quadratmetern Verkaufsfläche im ICE-Park für zulässig erklärt hatte. Nachdem diese Klage

nicht zugelassen wurde (die WZ berichtete), versuchen die Nachbarstädte jetzt, auf einem anderen Weg das FOC zu verhindern. Sie fürchten, der Fabrikverkauf in Montabaur könnte zu Umsatzeinbußen in ihren Innenstädten führen, weil ein Einkaufszentrum dieser Größe im Einzugsbereich der Stadt Montabaur nicht benötigt werde.

Eröffnung 2012 angestrebt

Für das FOC liegt zwar schon seit geraumer Zeit eine Baugenehmigung des Westerwaldkreises vor. Die beteiligten Kommunen haben sich allerdings darauf geeinigt, die Entscheidung der Richter abzuwarten. Wie Stadtbürgermeister Klaus Mies der WZ

mitteilte, wird noch immer eine Eröffnung des FOC im Jahr 2012 angestrebt. „Wir hoffen, dass das Oberverwaltungsgericht Koblenz die Wirksamkeit des Bebauungsplans bestätigt, müssen aber selbstverständlich dessen Entscheidung abwarten.“ Genauere Einschätzungen, unter welchen Bedingungen der Rechtsweg der klagenden Städte erschöpft ist, fallen noch immer schwer.

Die Montabaurer zeigen sich allerdings zuversichtlich, was ihre Argumentation angeht. „Wir sind davon überzeugt, gegenüber dem Oberverwaltungsgericht darlegen zu können, dass die Städte Limburg, Koblenz und Neuwied keine unzumutbaren,

das heißt die städtische Struktur negativ verändernden Beeinträchtigungen, hinzunehmen haben“, sagt Bürgermeister Edmund Schaaf. „Dies gilt auch für deren Zentralitätsfunktion.“

Handel soll Chance nutzen

In einem Fabrikverkauf werde natürlich Kaufkraft gebunden, so Schaaf weiter. „Die von der Stadt Montabaur eingeholten Gutachten belegen unseres Erachtens überzeugend, dass durch die spezifischen Angebote eines FOC und seinen großen Einzugsbereich die Kaufkraftabflüsse in den Nachbarkommunen verträglich sind.“ Zudem stelle sich die Frage, wie sich die eigene Ansiedlungspolitik der

klagenden Städte, die selbst an peripheren Standorten großflächigen Einzelhandel zugelassen haben und weiter planen, mit ihrem Vorgehen gegen Montabaur vereinbaren lässt.

Schaaf räumt zwar ein, dass ein Fabrikverkauf eine Konkurrenz für den innerstädtischen Handel der Westerwälder Kreisstadt darstellen kann. „Aber durch das FOC werden Menschen nach Montabaur geführt, die sonst an der Stadt vorbeifahren würden. Der innerstädtische Handel kann sich darauf einstellen.“ Wenn er die Angebotslücken des Fabrikverkaufs erkenne, werde er die Konkurrenz als Chance nutzen können.

Thorsten Ferdinand